Schriften der Gesellschaft für Wirtschafts- und Sozialwissenschaften des Landbaues e.V.

Giersch, H.: Europa in der weltwirtschaftlichen Perspektive. In: Schmitz, P. M.; Weindlmaier, H.: Land- und Ernährungswirtschaft im europäischen Binnenmarkt und in der internationalen Arbeitsteilung. Schriften der Gesellschaft für Wirtschafts- und Sozialwissenschaften des Landbaues e.V., Band 27, Münster-Hiltrup: Landwirtschaftsverlag (1991), S.3-13.

EUROPA IN DER WELTWIRTSCHAFTLICHEN PERSPEKTIVE

von

Herbert GIERSCH, Kiel

1. Die Wirtschaftsgeschichte der Gegenwart ist faszinierend, aber in ihrem Ablauf so rasant, daß man ihr mit tieferem Verständnis kaum mehr zu folgen vermag. So ergibt sich ein Bedarf an Orientierungen. Ihn zu decken ist eine Aufgabe des Wissenschaftlers im Bereich der Wirtschaftspolitik. Anders als der Journalist kann er das Geschehen aus der Distanz betrachten. Sein komparativer Vorteil liegt im Aufzeigen von Tendenzen, die nur erkennbar werden, wenn man - gleichsam mit kurzer Brennweite - die weiträumigen Zusammenhänge in den Blick nimmt, auch die längerfristigen Perspektiven. Dies soll hier geschehen.

2. Lassen Sie mich die Thesen, die mir bemerkenswert erscheinen, an den Anfang stellen und anschließend einige von ihnen etwas näher erläutern. Es sind 20 an der Zahl.

(i) Es gibt eine nachhaltige Tendenz zum Sinken der Transport- und Kommunikationskosten. Die Entfernungen schrumpfen. Dies erweitert die Möglichkeiten für die weltweite Arbeitsteilung. Mehr noch als die Arbeitsteilung der Hände begünstigt sie die der Köpfe. Je mehr Menschen an der arbeitsteiligen Wissensproduktion mitwirken, umso schneller wächst das Wissen und mit ihm die Weltwirtschaft auf längere Sicht. Dies berechtigt zu einem unerschütterlichen Optimismus, so lange es nicht zu größeren kriegerischen Auseinandersetzungen kommt. Es berechtigt zu einem Langfrist-Optimismus, der auch die Rezessionswolken in den U.S.A. und Großbritannien überstrahlt und die gegenwärtige Stimmungsbaisse an der Börse in den Hintergrund rückt.

(ii) Gegen solchen Langfrist-Optimismus stehen die apokalyptischen Vorhersagen des Club of Rome aus dem Jahre 1972. Sie beruhen nicht auf einem evolutorischen, sondern auf einem mechanistischen Weltbild, und sie verkennen so die Lern- und Anpassungsfähigkeit der westlichen Zivilisation. Deshalb werden sie sich wohl auch künftig als falsch erweisen.

(iii) Die Verknappung der natürlichen Ressourcen, die wir beobachtet haben, konnte die flexiblen und lernfähigen Systeme im Westen nur kurzfristig schwächen. Aber sie hat die starren sozialistischen Systeme im Osten, die einem mechanistischen Weltmodell entsprechen und nicht lernfähig sind, in ihren Grundfesten erschüttert. Die Apokalypse des Club of Rome paßte - gleichsam nach Maß - auf das quantitative Wachstum im Osten, nur auf dieses.

(iv) Den Zusammenbruch des Sozialismus besiegelt hat das Sinken der Kosten für den grenzüberschreitenden Verkehr, also für die Kommunikation, für den Personen- und Gütertransport und für die Emigration. Wer drüben sehen konnte, fern oder durch direkte Inspektion, mußte den blinden Glauben an den Sozialismus verlieren. Glasnost erzwang die Perestroika.

(v) Überall führt die steigende Mobilität der Unternehmer und des Investitionskapitals, der Arbeitskräfte und des Humankapitals zu einem zunehmenden Standortwettbewerb zwischen den Regionen und zwischen Ländern mit unterschiedlichen Regulierungs- und Steuersystemen. Auch in der Sowjetunion wird dieser System- und Standortwettbewerb zum Zuge

kommen. Er wird dem Institut des echten Privateigentums früher oder später zum Druchbruch verhelfen.

(vi) Dem Wettbewerb der Kleinstaaterei verdanken wir die Entstehung des modernen Kapitalismus und der westlichen Zivilisation in Europa. Heute zwingt der weltweite Systemwettbewerb den alten Kontinent dazu, dem Trend zur Senkung der leistungsfeindlichen Steuern und zur Öffnung der Märkte zu folgen, auch durch das Projekt 1992, also den Wegfall der Binnengrenzen.

(vii) Diesem Trend zur Öffnung entgegen wirkt der Geist des Konstruktivismus, im Ansatz lebendig seit Descartes, in der E.G. von heute wirksam durch Delors. Dieses mechanistische Denken findet seinen Niederschlag im Streben nach bürokratischer Harmonisierung und Vereinheitlichung. Es gipfelt in dem Plan, über ein Wechselkurskartell zu einer europäischen Monopolwährung zu gelangen. Demgegenüber vertrauen die Vertreter des evolutorischen Denkansatzes darauf, daß sich im freien Systemwettbewerb die liberalere Regelung und im Währungswettbewerb das stabilere Geld durchsetzen würden. Voraussetzung ist, daß die Bürger Wahlfreiheit erhalten. Gäbe es eine wertstabile Europawährung, so würde sie sich in diesem Wettbewerb auch ohne staatlichen Monopolzwang durchsetzen.

(viii) In die Zange des Standort- und Systemwettbewerbs wird auch das E.G.-Agrarsystem geraten. Je mehr sich die Aussichten für dessen Erhalt verschlechtern, umso leichter sollte es den Landwirten fallen, sich ihr Interesse am System abkaufen zu lassen.

(ix) Eurosklerose - als Auswuchs zünftlerischer Beschränkung des Marktzugangs - ist temporär zurückgedrängt worden durch Marktöffnung, konkret durch partielle Deregulierung, temporäre Lohnmäßigung, die Süderweiterung der EG und die Vorauseffekte des Wegfalls der Grenzhemmnisse 1993. Eine induzierte Investitionswelle im Gefolge der expansiven Geldpolitik nach dem Crash von Oktober 1987 erlaubte einen unerwartet kräftigen Konjunkturaufschwung. Auch wachstumspolitisch könnten die neunziger Jahre zur Dekade Europas werden, im Westen mit Wachstumsraten, die an die der goldenen sechziger Jahre heranreichen.

(x) Mittel- und Osteuropa stehen vor der Aufgabe, die Bedingungen für einen Prozeß des Aufholens herzustellen: durch (i) Privatisieren und Entflechten der Produktionsstätten, (ii) Kultivieren des Erwerbstriebs, der Selbstverantwortlichkeit und der Risikobereitschaft, (III) Schrumpfen des Verwaltungs- und Subventionsstaates, (iv) Sichern der Geldwertstabilität und (v) Übergang zu freiem Außenhandel und zu freiem Kapitalverkehr mit dem Ausland. Die CSFR und Ungarn, Polen und größere Teile der heutigen Sowjetunion lassen wesentliche Fortschritte bis zur Jahrtausendwende erwarten.

(xi) Die DDR-Region muß, nachdem sie jetzt eine vollkonvertible Währung erlangt hat, auf allen übrigen Gebieten beschleunigt nachleisten. Der Abstieg in die Talsohle ist zunächst unvermeidlich. Wie die Bundesrepublik öffentliche Transfers auf Hilfe zur Selbsthilfe begrenzen kann, ist ein schier unlösbares Problem. Wir befinden uns im Samariterdilemma. Ein Anstoss, der voll abgefedert wird, läßt einen schnellen Wandel der Verhaltensweisen - vom Trott zum wagemutigen Handeln, vom Verwalten zum Unternehmen - nicht erwarten. Auch wird sich die Bevölkerung schwer tun, für das Aufholen den unvermeidlichen Preis der Ungleichheit zu bezahlen. Aber 1992 sollte es wieder bergauf gehen. Sonst wird das Land östlich der Elbe zum Armenhaus Deutschlands, könnte vor allem der Norden dasselbe Schicksal erleiden wie der Süden Italiens.

(xii) Die Sowjetunion paßt als Einheitsstaat nicht in die offene Weltwirtschaft. Sie braucht regional begrenzte Experimentiermöglichkeiten für den schnellen Übergang zur Vollkonvertibilität, die für den Kapitalimport und die Privatisierung nötig ist. Die baltischen Staaten und die südlichen Republiken könnten sich sehr wohl die kleinen und offenen Volkswirtschaften Ostasiens zum Vorbild nehmen und so ihr Pro-Kopf-Einkommen bis zur Jahrtausendwende verdoppeln.

(xiii) Die Neuindustrialisierungsländer Ostasiens lassen auch für die neunziger Jahre Wachstumsraten erwarten (über 7 v.H.), die mehr als doppelt so hoch sind wie im Durchschnitt der übrigen Welt (3-3,5 v.H.). Sie werden gegen Ende des Jahrhunderts ein Pro-Kopf-Einkommen erreicht haben, das dem heutigen Niveau in Japan, den USA und den Zentralregionen Europas entspricht.

(xiv) Japan bleibt die Wachstumslokomotive Asiens (über 4 v.H. Wachstum) und zusammen mit einigen asiatischen Schwellenländern der Hauptanbieter auf dem Weltkapitalmarkt. Die hohe Sparrate in Ostasien und die Exportüberschüsse dieser Länder sind ein Glück für die Weltwirtschaft.

(xv) Das Defizit in der Leistungsbilanz der USA wird sich, wenn es keinen Krieg gibt, relativ zum Sozialprodukt verringern. Denn hohe Kapitalmarktzinsen, bedingt durch die Kapitalnachfrage aus Lateinamerika und zunehmend auch aus Europa, zwingen dazu, das Haushaltsdefizit zu verringern. Einsparungen bei den Rüstungsausgaben bieten die Möglichkeit dazu. Sie kommen der Erweiterung des Produktionspotentials für Investitions- und Konsumgüter zugute.

(xvi) Den Regierungen in Lateinamerika wird bewußt werden müssen, daß ihre Länder nicht umhin können, als Nachfrager auf dem Weltkapitalmarkt mit Osteuropa zu konkurrieren. Ein Schuldenerlaß beeinträchtigt die Kreditwürdigkeit. Dagegen fördert eine Politik, die gute Zins- und Investitionserträge verspricht, das Wachstum; sie kommt dadurch vor allem den immobilen inländischen Arbeitskräften zugute, wenn auch nur längerfristig. Ganz im Gegensatz zu Ostasien mangelt es Lateinamerika wie Osteuropa an dem für die Zukunft erforderlichen Langfristdenken.

(xvii) Das Langfristdenken hängt nicht zuletzt mit der Unantastbarkeit des Privateigentums zusammen. Gemeineigentum ist kein Eigentum und wird ausgebeutet wie die Umwelt in Osteuropa oder am Amazonas. Deshalb ist auch nur der Kapitalismus durch das Privateigentum in der Lage, die Ökonomie mit der Ökologie zu versöhnen. Die Lösung liegt in der Reform des Steuerstaats mit einem Übergang von den leistungshemmenden Steuern auf das Einkommen zu Steuern auf den Verbrauch, vor allem den Umweltverbrauch. Wo der Arm des Steuerstaates nicht hinlangen kann -wie in den tropischen Regenwäldern - wird man wohl Hilfen gewähren und diese mit Auflagen koppeln, also die Pflege der Umwelt abgelten oder honorieren müssen.

(xviii) Das Wachstum der Bevölkerung wird auch weiterhin überall dort nachlassen, wo die Möglichkeiten der Empfängnisverhütung genutzt werden dürfen und Kinder nicht mehr als Arbeitskräfte oder als Investitionsgüter für die Alterssicherung begehrt werden.

(xix) In zunehmendem Maße wird zur Mobilität des Kapitals die internationale Mobilität der Menschen hinzukommen. Wer die Bevölkerungswanderungen für kulturgefährdend hält, muß für Kapitalmobilität werben, und zwar im Verein mit einer Wirtschaftspolitik, die die Auswanderungsländer für das Kapital attraktiv macht.

(xx) Die Weltwirtschaft kann und wird ihr Wachstum in dieser und der nächsten Dekade beschleunigen, auch jenes Wachstum, das nach Abzug der Kosten für die Erhaltung der Umwelt verbleibt. Denn die Aufgaben, die sich am zeitlichen Horizont zeigen, sind enorm. Und die Fähigkeit, neues Wissen zu erzeugen und für den menschlichen Fortschritt nutzbar zu machen, erhöht sich, wie gesagt, mit der Zahl der Menschen, die an der weltweiten arbeitsteiligen Wissensproduktion partizipieren wollen, einschließlich all derer, die nun in die westliche Zivilisation hineindrängen.

3. Diese Thesen sind allesamt optimistisch, und zwar aus einem fundamentalen Grund: Sie beruhen auf den Prinzipien des methodologischen Individualismus, die das Eigeninteresse, die Lernfähigkeit der Individuen und die Kräfte der Selbstorganisation und Selbstheilung hoch einschätzen. Weil es ständig kleine Krisen gibt, die sich an Ort und Stelle meistern lassen, ist die große Katastrophe, zu der holistische und mechanistische Prognoseansätze führen, sehr wohl vermeidbar. Und weil wir in Anlehnung an das Subsidiaritätsprinzip darauf vertrauen, daß die Probleme tatsächlich am besten auf der niedrigstmöglichen Ebene angepackt werden können, brauchen wir zur Abwendung der Apokalypse nicht auf eine Weltregierung zu warten. Wo die Zentralisten und Konstruktivisten Chaos vermuten, sehen wir Strukturwandel, Anpassung, Reinigungskrisen und schöpferische Zerstörung. Außerhalb des Machtbereichs von Despoten, die auf das Ganze gehen, gibt es wenig Anlaß, die Alarmglocke anzuschlagen.

4. In dieser evolutorischen Perspektive besitzt Europas Wirtschaft große Chancen. Sie haben, wie in These VI dargelegt, ihr Fundament letztlich in der europäischen Tradition der Kleinstaaterei. In den wirtschaftsgeschichtlichen Vorlesungen von Max Weber (1923, S. 288 f.) heißt es (sinngemäß) zu diesem Punkt: Im Gegensatz zu den russischen Städten besaßen die Städte im Westen Europas viele Freiheiten. Diese wurden ihnen zwar in der Neuzeit entzogen wie den Städten der Antike unter der Herrschaft der Römer. "Aber zum Unterschied von damals gerieten sie (die Städte) in die Gewalt konkurrierender Nationalstaaten". Deren "Konkurrenzkampf gab dem neuzeitlich-abendländischen Kapitalismus die größten Chancen. Der einzelne Staat mußte um das freizügige Kapital konkurrieren, das ihm die Bedingungen vorschrieb, unter denen es ihm zur Macht verhelfen wollte. Aus dem notgedrungenen Bündnis des Staates mit dem Kapital ging der nationale Bürgerstand hervor, die Bourgeoisie im modernen Sinn des Wortes. Der nationale Staat also ist es, der dem Kapitalismus die Chancen des Fortbestehens gewährleistet; solange er nicht einem Weltreich Platz macht, wird also auch der Kapitalismus dauern". Wer nicht weiß, daß diese Sätze 1923 veröffentlicht wurden, könnte meinen, sie stammten aus der anstößigen Rede, die Margaret Thatcher in Brügge gehalten hat. [Inzwischen gibt es mehrere Bücher, die Europa aus den von Weber erwähnten Gründen zur Wiege der modernen Zivilisation erklären (Jones, 1981; Rosenberg und Birdzell, 1986). Soviel zur europäischen Tradition.]

5. Europas Wirtschaftsentwicklung auf lange Sicht wird davon abhängen, ob seine politische Verfassung genügend Raum läßt für die Freiheit der Bürger und der Unternehmen, der Städte und der Regionen. Solche Freiheit ermöglicht produktive Vielfalt, also den Wettbewerb der Ideen und Erkenntnisse, der Güter und Dienstleistungen, der Standorte und der Institutionen. Das Geschehen in der Sowjetunion sollte uns lehren, daß Großgebilde nicht lebenfähig sind, es sei denn sie lassen den Gliedstaaten die Möglichkeit der Sezession und den Bürgern die Chance der Abwanderung und machen von ihrer Zentralgewalt einen so weisen Gebrauch, daß sich Austritt und Abwanderung nicht lohnen. Diese Lektion wird man im Überschwang der Einigungsgefühle in den nationalen Hauptstädten wie in Brüssel vergessen; man: das sind die Politiker, die Großes anstreben, die Eurokraten, die sich eine Harmonisierungsrente zu sichern wissen, und die organisierbaren Interessengruppen, die das

Vereinheitlichen, Harmonisieren und Regeln als Kartellersatz oder Kartellgrundlage begehren.

6. Das verbindende Element in einer freiheitlichen Gemeinschaft sind wirtschaftliche Bürgerrechte gegen staatlichen Zwang, d.h. Bürgerrechte für die Freizügigkeit von Menschen und Kapitalien und für volle Handelsfreiheit, auch mit Bürgern und Unternehmen der übrigen Welt.

7. Mit Sorge erfüllen muß das Gerede von Europa als einer politischen Einheit. Was ist die Idee und Identität Westeuropas mehr als die Freiheit der Bürger? Oder geht es um Symbolismus, Prachtentfaltung und Machtentfaltung? Oder vielleicht nur um Umverteilung der Einnahmen aus Steuern und Zwangsabgaben? Und wie weit nach Osten soll dieses politische Europa reichen? Je mehr wir den Assoziierungswünschen aus Mittel- und Osteuropa nachgeben wollen, und das empfiehlt sich aus gegenseitigem Interesse, umso mehr wird man den zentralistischen Tendenzen aus Brüssel und Paris entgegenwirken müssen.

8. Viele Befürworter der politischen Integration denken wohl an die Umverteilung. Sie verbinden das Umverteilen mit dem Reglementierungsbedarf, den die partikularen Interessengruppen anmelden. Es geht um Protektionismus im Innern wie nach außen. Die Schlagworte lauten: Europäischer Sozialraum, EG-Agrarpolitik oder Technologieförderung. Auch die verschiedenen Fonds gehören dazu. Und das Streben nach einem europäischen Zentralbankmonopol wird eigentlich nur verständlich, wenn man an das Monopol der staatlichen Geldschöpfung denkt und nicht so sehr an den unmittelbaren Zweck, den Bürgern mit einem wertstabilen Geld zu dienen.

9. Ließe sich das EG-Europa entpolitisieren und entbürokratisieren, so brauchte es, was seine Prosperität anlangt, nicht hinter Nordamerika und Japan zurückstehen. Was im Osten gewagt werden muß, um Marktwirtschaft herzustellen, wäre im Westen fortzusetzen als Deregulierung, als Rückzug des Nationalstaats und als Eingrenzung des Staates auf jene Aufgaben, für die der Staat wirklich kompetent ist, also leistungsfähiger ist als das System der Selbstregulierung auf dem Markte. Mit anderen Worten: Es gibt im Westen des Kontinents noch ein gerütteltes Maß an Eurosklerose, das unseren Wachstumspielraum einengt.

10. In die richtige Richtung zielen die Vorschläge zur Vollendung des Binnenmarktes, die die E.G.-Kommission mit dem Weißbuch aus der Feder von Lord Cockfield vorgelegt hat. Inzwischen wurden alle in diesem Weißbuch angekündigten Vorschläge dem E.G.-Ministerrat präsentiert. Hinzu kommen noch die Ergänzungsvorschläge aus dem Bereicht des öffentlichen Beschaffungswesens und der Versicherungen. Zwei Drittel des Weißbuch-Programmes sind bewältigt, jedenfalls in Form von E.G.-Direktiven und Ratsbeschlüssen. Die Mitgliedsländer selbst haben beim Vollzug noch Nachholbedarf. Kapitalbewegungen sind ab Mitte 1990 liberalisiert, mit Ausnahmen für Griechenland, Irland, Spanien und Portugal. Im Bereich des Handels sind die Fortschritte größer als bei der Freizügigkeit der Menschen; und den Fortschritten im Binnenhandel stehen im Handel mit Drittländern ärgerliche Rückschritte gegenüber: freiwillige Exportbeschränkungsabkommen und verschärfte Anti-Dumping-Praktiken. In der Uruguay-Runde des GATT spielt die E.G. eine wenig konstruktive Rolle, vor allem im Zusammenhang mit der Agrarpolitik.

11. Die gemeinsame Agrarpolitik der E.G. kostet nach vorliegenden Schätzungen (Financial Times vom 14. Juli, S. 6) jährlich ungefähr 180 Milliarden DM. Von diesen erreichen die Bauern selbst aber nur 120 Milliarden. Auf ein Drittel also belaufen sich die Kosten der Administration und der Allokationsverzerrungen, die mit den Kontrollen im Handel mit Drittländern verbunden sind. Wachstumsverluste, die sich daraus ergeben, daß die Agrarpolitik möglicherweise die Uruguay-Runde des GATT zum Scheitern bringen könnte, sind dabei nicht eingeschlossen.

12. Ähnlich ist zu befürchten, daß die deutsch-deutsche Integration der Märkte längere Zeit vor der Landwirtschaft halt machen wird (Dicke, 1990). Die Kostenvorteile, über die die DDR bei der Landwirtschaft im Vergleich zur Industrie verfügt, werden deshalb vorerst nicht zum Tragen kommen, die Integrationsgewinne also kleiner und die Freisetzungseffekte in der DDR größer sein, als es bei voller Handels-und Produktionsfreiheit zu erwarten wäre. Mehr noch: Es soll offenbar die westdeutsche Agrarpolitik vollständig auf die DDR übertragen werden - mit Produktionsmengen durch überhöhte Preise einerseits und gleichzeitigen Prämien für Flächenstillegungen andererseits (Schrader, 1990).

13. Auch unter dem Druck der Veränderungen in Osteuropa wird die Reform der europäischen Agrarordnung zu einem heißen Thema der neuziger Jahre werden. Reformen, die etwas Gutes für die Dauer bewirken sollen, lassen sich selten ohne Schmerzen durchführen - im Gegensatz zu jenen Reformen der frühen siebziger Jahre, die kurzfristig populär waren und uns später teuer zu stehen kamen. Es ist hier nicht die Zeit, detaillierte Vorschläge vorzulegen, aber auf eine agrarpolitische Reformperspektive sei nicht verzichtet.

14. Diese Perspektive stützt sich auf folgende Grundsätze:

(i) Die wirtschaftlichen Eigentumsrechte der Grundbesitzer und Pächter sollen gewahrt bleiben, und zwar durch eine weitgehende Abgeltung der Vermögenseinbußen, die in dem Maße entstehen, wie sich der Übergang zu Weltmarktpreisen und der Subventionsabbau vollziehen. Auszugleichen sind diese Schäden durch Ausgabe festverzinslicher Staatspapiere, also zu Lasten der Steuerzahler, denen die Reform letztlich zugute kommt.

(ii) Annäherungsweise ermitteln lassen sich die Schäden, indem man die Erlöse vor der Reform in Vergleich setzt zu den Erlösen, die sich - bei unveränderten Mengen - mit den neuen Preisen ergeben.

(iii) Alles, was sich danach durch Kostensenkung und Erlössteigerung an Ertragszuwächsen ergibt, käme so den Landwirten zugute, also der ganze Ertrag aus der Anpassung der Produktion an die neuen Preise und Preisrelationen.

(iv) Die Landwirte können bei einer solchen Reform nur gewinnen. Vertritt man den Standpunkt, soweit könne die Eigentumsgarantie nicht gehen, schon weil das bisherige System nicht nachträglich sanktioniert werden dürfe oder weil niemand erwarten könne, daß es für alle Zeit bestehen bleibt, kommt als Entschädigung ein Satz von weniger als 100 Prozent in Betracht. Ein Abschlag ist ferner gerechtfertigt für den automatischen Wegfall der kurzfristig variablen Kosten im Falle einer Produktionseinschränkung.

(v) Pächter können ein Kündigungsrecht geltend machen, sofern der Eigentümer die Pacht nicht angemessen reduziert, also die Entschädigung nicht voll weitergibt.

(vi) Zugleich mit dem Angebot, die Vermögenseinbußen zu einem angemessenen Prozentsatz zu entschädigen, verspricht die Regierung den Bürgern, eine Politik der Annäherung an die Weltmarktpreise zu betreiben und in Brüssel zu unterstützen. Jeder Schritt in Richtung auf Freihandel mit der übrigen Welt läßt sich so durch Ausgabe von Entschädigungspapieren vermögens- und einkommensneutral gestalten und akzeptabel machen.

(vii) Der Anreiz zum Strukturwandel im Agrarbereich bleibt voll bei denen, die ihn vorzunehmen haben. Wenn man will, daß die Landwirtschaft nicht zuviel von den Reformvorteilen einheimst, muß man den Entschädigungsprozentsatz verringern.

(viii) Welche Agrarstruktur sich konkret in Deutschland und Europa herausbilden wird, läßt sich im voraus nicht sagen. Doch allgemein ist zu vermuten, daß deutlicher als bisher die Gesetzmäßigkeiten zum Ausdruck kommen werden, die Thünen aufgedeckt hat: abnehmende Intensität der Bodenbewirtschaftung mit zunehmender Entfernung von den Ballungszentren und Chancen für eine intensive Forstwirtschaft in zentralen Gebieten. Ökologische Sonderziele verlangen gezielte Eingriffe, einschließlich spezieller Steuern und Subventionen, sofern sie nicht schon durch den Übergang zu niedrigeren Agrarpreisen, also im Wege einer allgemeinen Extensivierung der Landwirtschaft, erreicht werden.

(ix) Die traditionellen Sonderziele der Agrarpolitik müssen weichen. Nahrungssicherheit im Kriege und bäuerliche Seßhaftigkeit im Interesse der Landesverteidigung sind überholt.

(x) Allgemein gilt der Grundsatz: Individuen haben Eigentumsrechte, die einen gewissen Vertrauensschutz genießen. Es mag dieser Vertrauensschutz ein begrenztes Interesse an einer bestehenden Ordnung einschließen. Nicht abdecken aber können die Eigentumsrechte das Ausüben einer bestimmten Berufstätigkeit. Das soziale Element in der Marktwirtschaft mag darin bestehen, daß individuelle Mindesteinkommen gesichert werden; nicht sichern dagegen lassen sich ohne große Verschwendung die Durchschnittseinkommen eines Berufsstandes oder einer Branche. Mag es angemessen sein, den Bauern zu helfen, weil und soweit sie künftig darunter leiden, daß sie bisher als Eigentümer Bauern waren. Doch gibt es keinen sinnvollen Grund, Bauern zu subventionieren, damit sie - trotz aller weltwirtschaftlichen Marktzwänge - Bauern bleiben und dabei noch nicht einmal das produzieren dürfen, was die Preise als Knappheitssignale ihnen anraten. Es ist grotesk.

15. Ein zweites Großthema der europäischen Wirtschaftspolitik ist die Herstellung gesunder Währungsverhältnisse. Im Grunde geht es darum, den Staat daran zu hindern, sich reale Ressourcen mit Hilfe der Notenpresse anzueignen. Eine Inflationssteuer auf die Geldhaltung beeinträchtigt den Wirtschaftsablauf; sie ist undemokratisch, weil sie als Steuer nicht vom gewählten Parlament beschlossen wird. Die Bürger der DDR haben sich gleichsam spontan der D-Mark unterworfen. Belgien, Österreich und nunmehr Jugoslawien akzeptieren die Geldpolitik der Bundesbank als ihr Regime. Denn nichts anderes als dies bedeutet es, wenn man bei voller Konvertibilität das Kursverhältnis zur D-Mark stabilisiert. Was dabei importiert wird, ist das Vertrauen, das sich die Bundesbank erworben hat. Polen hat weitgehende Währungskonvertibilität eingeführt, aber nicht entschieden, an welche Währung es sich - unter Verzicht auf die eigene Inflationsautonomie - binden will. De facto wird, so scheint es, in ganz Europa eine große D-Mark-Zone entstehen, auch wenn die Institutionen europäische Namen erhalten sollten. Manches ist durch den Delors-Plan festgezurrt. Gleichwohl erscheint es notwendig, die öffentliche Diskussion auf die wichtigsten Gesichtspunkte hinzuweisen. Es muß ja wohl der Bürger rechtzeitig darauf aufmerksam gemacht werden, was spätestens nach den Bundestagswahlen im Dezember für uns und

Europa auf dem Spiele steht. Dazu ermutigt auch der Warnschuß, den die Bundesbank in Form der einmütig verabschiedeten Stellungnahme des Zentralbankrats von Mitte September 1990 abgegeben hat.

16. Es mag hierzulande die Vorstellung herrschen, es bleibe für uns alles beim alten, weil das Europäische Währungssystem praktisch eine D-Mark-Zone sei und die Europäische Zentralbank ähnlich unabhängig sein solle wie die Bundesbank. Gleichwohl ergeben sich folgende Einwände:

(i) Die Unabhängigkeit als solche gewährleistet noch keine Wertstabilität des Geldes. Notwendige Bedingung ist, daß die Mitglieder des geldpolitischen Entscheidungsgremiums durch die Verfassung und ihren Eid auf dieses Stabilitätsziel verpflichtet und im Falle des Versagens mit Sanktionen bedroht werden. Diese Sanktionen dürfen sehr hart sein. Charakterschwächlinge sollten von vornherein als Kandidaten ausscheiden. Die Sanktionen müssen mehr wiegen als die politischen Vorteile, die sich ein Mitglied nach Ablauf der Amtszeit davon erhoffen kann, daß es im vermeintlichen Interesse seines Landes eine permissive oder direkt inflatorische Politik unterstützt hat. Unabhängigkeit ohne solche Verantwortlichkeit unter dem Gesetz wäre für die Bürger der Bundesrepublik, die in hohem Maße Geldvermögenssparer sind, eher ein Rückschritt. Dies darf und muß offen ausgesprochen werden, nicht zuletzt von jemandem, der früher - sogar in bezug auf für die Bundesbank - mehrfach Anlaß gesehen hat, den Vorschlag zu machen, es müsse dem Ziel der Geldwertstabilität Verfassungsrang gegeben werden. Die derzeitigen Mitglieder des Zentralbankrats in Frankfurt mögen solche Korsettstangen nicht brauchen. Aber die Zusammensetzung der künftigen Entscheidungsgremien in Europa ist unbekannt. Jeder, der in einem solchen Gremium für Geldwertstabilität einzutreten hat, sollte sich aus purem Eigeninteresse verfassungsrechtliche Korsettstangen wünschen. Sie sind einerseits ein Gewissenszwang und zum anderen ein vielleicht unentbehrlicher Schutz gegen Anfeindungen von außen, vor allem aus dem politischen Raum und von ideologischen Gegnern.

(ii) Eine harte geldpolitische Grundregel macht den Unternehmern und den organisierten Arbeitnehmern klar, daß man Arbeitslosigkeit nicht durch inflatorische Geldpolitik beseitigen wird. Dann gilt eindeutig: Überhöhte Lohnforderungen vernichten Arbeitsplätze, Engpaßgewinne an einer Stelle müssen durch Preisnachlässe anderswo aufgefangen werden. Ohne Preisflexibilität stockt der Strukturwandel, ohne Strukturwandel stockt das Wachstum. Europas Öffentlichkeit muß wissen, daß für Prosperität und Geldwertstabilität ein Preis zu zahlen ist - das Bekämpfen von Eurosklerose.

(iii) Offene Märkte helfen. Also muß man, auch im Hinblick auf die Geldwertstabilität, dem Gedanken an eine Festung Europa abschwören und alles vermeiden, was in den zurückgebliebenen Gebieten Protektionsbegehren wecken würde. Dazu zählt auch die sozialpolitische Gleichmacherei unter dem Schlagwort "soziale Dimension", die die Wettbewerbsfähigkeit der produktivitätsschwachen Randregionen beeinträchtigen muß.

(iv) Zentral für das Wahren der Geldwertstabilität ist der Währungswettbewerb. Eine Verfassungsregel für Geldwertstabilität kann gebrochen werden, die Kontrolle durch den Wettbewerb im Prinzip jedoch nicht. Garantie für diese Kontrolle ist die Vertragsfreiheit in Geldsachen. Jeder muß das Recht haben, in jeder beliebigen Währung Verträge abzuschließen und Vermögenswerte zu halten, auch in einer europäischen Kunstwährung, auch in wertgesicherten Anleihen.

(v) Der Währungswettbewerb ist nichts Neues. Sollte nach den Dezemberwahlen in der Bundesrepublik das Projekt einer Europawährung mit Monopolcharakter politisch forciert werden, ohne daß das Ziel Geldwertstabilität Verfassungsrang erhält, muß die deutsche Bevölkerung befürchten, daß ihr Geldvermögen eines Tages auf die schlechtere Währung umgestellt wird, und zwar mit einem Zwangskurs. Man hat dann allen Grund, rechtzeitig in andere Währungen auszuweichen, sei es in Dollar oder Schweizer Franken, sei es in solche europäischen Währungen, denen der Währungsverbund einen Stabilitätsgewinn verspricht. Will die Bundesregierung verhindern, daß sich aus einer aufflammenden Währungsdiskussion eine Kapitalflucht ergibt, muß sie schon heute in Fragen der Europawährung eine ganz harte Position vertreten. Sonst steigt sofort der Zins, den sie für Kredite zur Finanzierung der Haushaltslücken und des Fonds der deutschen Einheit bieten muß. Die Erfahrungen mit der Quellensteuer-Diskussion sollten ihr eine Lehre sein.

(vi) Unsere Geldvermögensbesitzer können sich vor Ausbeutung durch die Zentralbank schützen, wenn es gute alternative Anlagemöglichkeiten gibt. Wertgesicherte Anleihen, von wem auch immer ausgegeben, sollten deshalb nicht länger verboten sein oder steuerlich diskriminiert werden. Der Paragraph 3 des Währungsgesetzes in der Bundesrepublik, das die D-Mark zur ausschließlichen Kontraktwährung macht, muß deshalb wegfallen. Er war schon für seinen ursprünglichen Zweck überflüssig. Der bestand darin, die junge D-Mark vor konkurrierenden Zahlungsmitteln (einschließlich der vor der Währungsreform bevorzugten Zigaretten) zu schützen. Wie jedes neue Produkt werden sich auch wertgesicherte Anleihen nicht sofort durchsetzen. Der Staat, der seinen Bürgern Geldwertstabilität versprochen hat, sollte sie dehalb von sich aus anbieten, bevor es zu einen Zwangsumtausch in eine Europawährung kommt.

(vii) Der Markt bevorzugt im Wettbewerb die am besten geeignete Währungseinheit, also die wertstabilste. So wäre es grundsätzlich verfehlt, einer von den europäischen Staaten lancierten Europawährung irgendeinen Monopolanspruch zu konzedieren. Im Gegenteil ließe sich die Geldfunktion in der EG am besten gewährleisten, wenn der Währungseinheit ECU eine konkurrierende Währungseinheit in Form eines "kompensierten ECU" zur Seite gestellt würde. Dies könnte auf privatem wie auf offiziellem Wege geschehen. Die Formel für den "kompensierten ECU" ist einfach und auch nicht neu: Sobald der Preisindex der Lebenshaltung in Frankreich um x v.H. gestiegen ist, wird der Währungskorb um x v.H. zusätzliche französische Franken angereichert. Dasselbe geschieht mit jeder anderen Währung, die im Korb enthalten ist. Umgekehrt werden dem Korb x Prozent einer bestimmten Währung entnommen, sollte der Preisindex der Lebenshaltung in dem betreffenden Lande um x Prozent gefallen sein. Mit einer Einheit des "kompensierten ECU" kann man sich deshalb als Verbraucher überall und jederzeit eine bestimmte Warenmenge erwerben. Die Zinsen für Anleihen in "kompensierten ECU" wären echte Realzinsen. Der offizielle ECU würde es sich gefallen lassen müssen, von Monat zu Monat am "kompensierten ECU" gemessen zu werden.

(viii) Ein solcher Vorschlag, der für die Bürger etwas Wertvolles bietet, wird genau deshalb von offizieller Seite ablehnt werden. Auch Regierungen und Notenbanken wollen eben so ohne weiteres keine Konkurrenz. Offene Märkte und "Newcomer" fanden nur selten den Zuspruch der "Insider". Offenheit ist in der Tat ein öffentliches Gut, gemessen natürlich am Wohl der Bürger, nicht am Wohl der Politiker und Bürokraten. Umso mehr gehört das Einfordern von Offenheit und Innovationswettbewerb zu dem, was die Wirtschaftswissenschaft an Bringschuld zu leisten hat.

(ix) Die britische Regierung hat die Idee einer Parallelwährung und eines Währungswettbewerbs aufgegriffen, aber ihre Position ist nicht eindeutig, wenn sie gleichzeitig verlangt, daß die Verantwortung für die Währungspolitik bei den parlamentarischen Instanzen liegen sollte. Parlamente sind nicht weise, sondern dem Druck der Interessengruppen ausgesetzt. Sie nehmen, wie man weiß, Haushaltsdefizite in Kauf und spähen nach gesamtwirtschaftlichen Ungleichgewichten, die es rechtfertigen könnten, den Geldhahn aufzudrehen. Wie Keynes denken sie kurzfristig nach dem Motto: "Auf lange Sicht sind wir alle tot". Aber viele kurzfristige Sünden machen auf Dauer abhängig und langfristig morbide. Genau deshalb gehört das Langfristige in die Verfassung.

(x) Auf ganz lange Sicht freilich bieten auch geschriebene Verfassungen keine Garantie. Also bleibt zum Schutz der Bürger letztlich nur der ständige Drang nach Freiheit, die Freiheit der Wahl des Zahlungsmittels eingeschlossen. Das Sinken der Transport- und Kommunikationskosten erweitert die Wahlmöglichkeiten, das Bestreben der Politiker, die Interventionsbereiche durch Bilden von Unionen räumlich zu vergrößern, schränkt diese Wahlmöglichkeiten ein. Währungsunionen können deshalb auch wieder auseinanderbrechen. In der Sowjetunion zum Beispiel läßt sich vermutlich eine Wirtschafts- und Währungsreform in einem Zuge gar nicht durchführen. Die optimale Reform-Einheit ist wahrscheinlich kleiner als die Einheit, die gerade noch zu überleben vermag, wenn ihr Ruhe gegönnt wird. Deshalb ginge die Wirtschaftsreform im Sowjetbereich schneller voran, hätten die baltischen Republiken die Chance, sich aus der Herrschaft des Rubel-Imperiums zu befreien und mit einer eigenen Währung, die natürlich Wertstabilität versprechen müßte, den Sprung in die Währungskonvertibilität zu wagen und damit zugleich die Grenzen für den Handel und für den Kapitalimport weit zu öffnen.

17. Lassen Sie mich als Abschluß das Zinsproblem erörtern. Gemeint ist die erregende Tatsache, daß der Realzins im Raum der Bundesrepublik eine Rekordhöhe erreicht hat. Kurzfristig denkende Beobachter kritisieren die Geldpolitik; die sei zu restriktiv. Doch die Geldpolitik kann nur den Nominalzins beeinflussen. Würde sie den Nominalzins künstlich drücken, so müßte dies mit übermäßiger Geldausweitung einhergehen; es würde die Inflationserwartungen anheizen und so den Zins am langen Ende des Kapitalmarktes eher nach oben treiben. Deshalb gilt: der Realzins ist ein reales Phänomen. Seine ungewöhnliche Höhe in der Gegenwart ergibt sich aus dem großen Kapitalbedarf in Europa, also aus dem Projekt 1992 in Westeuropa, aus den Reformen in Osteuropa und aus der deutsch-deutschen Integration. Nur wenn man ohne zusätzliche Anreize von sich aus mehr sparte, wir und die Welt insgesamt, hätte es bei einem normalen Zinsniveau bleiben können. So aber hat der überhöhte Zins auch die Funktion, die privaten Haushalte zu einem Konsumaufschub zu bewegen und die öffentlichen Haushalte dazu zu zwingen, statt unproduktiver Konsumausgaben produktive Investitionen vorzunehmen und, wenn man nicht die Steuern erhöhen will, überflüssige Subventionen abzubauen. Ein vermehrtes Sparen und Investieren - und ein Wegfall der Ressourcenverschwendung auch in der Landwirtschaft - ergäbe eine Zunahme in der Wachstumsrate des Produktionspotentials. Der hohe Realzins in Europa erweist sich somit als das Mittel, durch das sich Europas erweiterte Investitionschancen und Reform-Möglichkeiten im Marktsystem als Herausforderungen zu Wort melden. Reagieren wir durch Sparen und Investieren und durch Sparen beim Investieren und beim Reformieren; dann kann sich verwirklichen, was wir als gute Europäer hoffen wollen, nämlich daß künftige Wirtschaftshistoriker Grund haben, im Rückblick auf diese neunziger Jahre zu sagen: Sie waren die Dekade Europas.

Literaturverzeichnis

DICKE, Hugo (1990), "Auswirkungen der deutschen Integration auf die Landwirtschaft in der DDR." Die Weltwirtschaft, 1990, H. 1, S. 138-148.

JONES, Eric L. (1981), The European Miracle. Cambridge: Cambridge University Press.

ROSENBERG, Nathan und Luther E. BIRDZELL (1986), How the West Grew Rich: The Economic Transformation of the Industrial World. New York: Basic Books.

SCHRADER, Jörg Volker (1990), "Integration der deutschen Agrarsektoren - Wettbewerb der Standorte und Strukturen oder Übernahme westlicher Reglementierungen?" Die Weltwirtschaft, 1990, H. 1, S. 125-137.

WEBER, Max (1923), Wirtschaftsgeschichte, hrsg. von S. Hellmann und M. Palyi. München und Leipzig: Duncker & Hunblot.